



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

meiner letztjährigen Ansprache habe ich einige offene Fragen zur Bundes- und Weltpolitik vorangestellt.

Inzwischen sind 12 Monate vergangen und die Reflektion über meine damaligen Fragen ergibt, dass ich eigentlich für meine heutige Ansprache **lediglich das Datum ändern** müsste um nach wie vor aktuell zu sein:

- Noch immer zündelt der amerikanische Präsident, zuletzt mit massiven militärischen Aktionen.
- Noch immer wüten die Stellvertreterkriege im Nahen Osten, zuletzt mit dem Abschuss eines zivilen Flugzeugs durch den Iran
- Noch immer gibt es in der EU keine eindeutige, gemeinsame Haltung zu den wichtigen Problemen und die Briten werden sich wohl endgültig ganz verabschieden
- Noch immer streiten sich die Nationen um wirtschaftliche Vorteile mittels Handelskriegen
- Noch immer behandeln die meisten Medienberichte aus Berlin überwiegend die Personalfragen und die Chancen der Parteien bei den nächsten Wahlen statt Lösungen für die aktuellen Sachfragen aufzuzeigen

Wertet man die Berichterstattung der vergangenen Monate aus, können neben der Selbstbeschäftigung der Parteien und den außenpolitischen Fragen vor allem 6 Komplexe ausgemacht werden:

1. Klimaschutz, Insektensterben und CO²-Einsparung mit Mobilitätswandel
2. Digitalisierung, Telekommunikation und Arbeitswelt 4.0
3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Sicherheitsfragen und Hass in sozialen Medien
4. Investitionsstau in Deutschland und drohender wirtschaftlicher Abschwung
5. Soziale Gerechtigkeit, Zweiteilung der Gesellschaft sowie die Herausforderungen Pflege und Bildung
6. Wohnungsnot

Die Bundes- und Landespolitik kann auf fast allen Handlungsfeldern lediglich die politische Richtung durch eine entsprechende Gesetzgebung und möglichst finanzielle Unterstützung vorgeben – die Umsetzung muss auf der lokalen Ebene, also bei den Landkreisen und Kommunen, erfolgen.

Folglich sind die politischen Ankündigungen nicht nur etwas für die täglichen 15 Minuten Tageschau, sondern wirken sich direkt auf das laufende Geschäft der Verwaltung und des Gemeinderats aus.

Trommeln, meine sehr verehrten Damen und Herren, Trommeln gehört zum Handwerk. Doch wenn in einem Orchester die restlichen Instrumente nicht mitspielen, wird das Trommeln irgendwann zum ungenießbaren Krach. Mich erreichen fast täglich neue Erfolgsmeldungen der Ministerien, der Parlamentsfraktionen und auch einzelner Abgeordneter, welche Förderwohltaten der Bund und das Land gerade ausgeschüttet haben und warum jetzt alles besser läuft.

Schaut man dann genauer hin, werden die Fallstricke und Einschränkungen schnell deutlich. Ich kann nicht umhin in den Wein des Förderfasses ein wenig Wasser zu gießen. Nehmen wir das „Gute Kita Gesetz“ – was wird in der Umsetzung durch das Land aus den vielen Millionen? Zum Beispiel die Schaffung von Zeit für die Leitung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Fördergeld gibt es für Freistellungsanteile von Leitungskräften, die wir, aber auch viele andere Träger, schon längst umgesetzt haben. Und noch schlimmer - Förderung gibt es auch für zusätzliche, bezahlte

Ausbildungsstellen, so genannte PIA-Stellen, aber eben nur für zusätzliche. Wer also, wie wir, schon seit Jahren seine Auszubildenden in der Kinderbetreuung ordentlich bezahlt, geht leer aus. Bei der Grundschule soll, wie bisher beim Kindergarten, ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verankert werden. Unser Bundesland will aber auf jeden Fall neben der echten Ganztagsgrundschule wieder in die Förderung von Horten einsteigen, also in die völlig freiwillige und unverbindliche Nachmittagsbetreuung. Das mag ja der Wunsch vieler Eltern sein. Man muss sich aber klar machen, dass man damit das eigentliche Ganztagskonzept mit rhythmisiertem Unterricht aufgeben muss.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren nur wenige Beispiele aus dem Bereich Kinderbetreuung – ich könnte das in einer langen Liste auch für andere fortsetzen. Vielleicht nur noch eine letzte Anmerkung zur um sich greifenden Förderitis. Unser Bundesfinanzminister hat vorgeschlagen überschuldete Städte und Gemeinden (2.500 von insgesamt 11.000 sollen betroffen sein) mit Steuermitteln von ihren Altschulden zu befreien. Ich bin sicherlich kein Neider und sehe durchaus ein, dass man Kommunen, die durch Strukturwandel unverschuldet in Schwierigkeiten gekommen sind, solidarisch helfen muss. Ich habe aber schon so meine Probleme damit, dass man Kommunen in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz, das sich seine Gebührenfreiheit für Kindergärten teilweise durch den Länderfinanzausgleich von uns bezahlen lässt, nun auch noch die Altschulden der Kommunen übernimmt.

Ich will aber nicht weiter ins Jammertal absteigen, auch wir in Eggenstein-Leopoldshafen profitieren von der einen oder anderen Fördermaßnahme. Ich vertrete aber die Meinung, dass kommunalpolitische Entscheidungen nicht zuerst auf der Tatsache beruhen dürfen, dass es Fördergeld gibt, sondern zunächst einmal auf lokalen sachlichen Erfordernissen.

Deshalb müssen wir die oben angeführten Schlagworte genau analysieren und unsere strategischen Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen ortsbezogen daraus ableiten.

Hierzu möchte ich Ihnen heute einige Gedanken für die weitere Diskussion mitgeben.

Zunächst zur **Gemeindeentwicklung und Wohnungsnot**

Schon längere Zeit ist klar, dass der Nachfragedruck nach Bauplätzen nicht nachlassen wird. Wir leben in der Technologieregion Karlsruhe in einer „Boomregion“, die eine äußerst positive Wachstumsprognose hat. Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass auch in unserer Gemeinde die Bevölkerung immer älter wird. Inzwischen sind über 30 % unserer Einwohnerschaft im Alter ab 60 Jahren. Diesem Trend kann man nur entgegenwirken, wenn man für junge Familien attraktiv bleibt und unter anderem bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Ich habe deshalb in meiner Ansprache bei der Einwohnerversammlung die etwas provokante These vertreten, dass wir gar nicht anders können als zu wachsen; das aber gezielt und nicht planlos. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist im Umfeld der aktuellen Nachfrage äußerst schwierig. Das hängt neben der Flächenverfügbarkeit wesentlich auch von den Grundstückspreisen ab.

Wir waren deshalb auch bereit als einzige Gemeinde neben der Stadt bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans des Nachbarschaftsverbands Bauflächenansprüche an andere Kommunen abzugeben, da wir die Problematik nicht alleine bei uns lösen können. Aktuell haben wir die Voraussetzungen für die bauliche Entwicklung unserer Gemeinde geschaffen:

- der Grundsatzbeschluss zum Neubaugebiet N5 ist getroffen, der Vertrag mit dem Erschließungsträger ist unterschriftsreif
- für das Gemeindegelände am Hagsfelder Weg ist der städtebauliche Wettbewerb abgeschlossen, weitere Schritte können demnächst in Angriff genommen werden
- darüber hinaus werden private Vorhaben wie der in Umsetzung befindliche Luisenpark, ein Konzept für das Gelände beim Penny-Markt sowie weitere innerörtliche Maßnahmen seitens Gemeinderat und Verwaltung positiv begleitet.

Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen wir sehr ernst, dass mit einem möglichen Einwohnerwachstum von rund 2.500 Personen, wenn alles mal umgesetzt ist, auch ein Anpassen der technischen und sozialen Infrastruktur einhergehen muss. Das haben wir in der Vergangenheit berücksichtigt und werden es auch für die Zukunft im Fokus behalten. Bei uns fällt niemand in ein Schlagloch wegen maroder Straßen, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung ist gesichert und auf dem Stand der Technik, die Kinderbetreuung ist bedarfsgerecht in guter Qualität organisiert und die Gemeinde ist durch eine Vielzahl von Freizeiteinrichtungen und eine bemerkenswerte Naturlandschaft als Lebensumfeld sehr attraktiv.

Deshalb können wir auch zum nächsten Themenfeld aus meiner Sicht Entwarnung geben, dem viel beklagten

Investitionsstau der öffentlichen Hand

Bereits bevor das Kind in den Brunnen fällt, haben sich Gemeinderat und Verwaltung mit den zukünftigen Anforderungen beschäftigt und Entscheidungen zur Optimierung der technischen Infrastruktur getroffen, beispielsweise mit dem Neubau des Wasserwerks Tiefgestade, dem Ausbau und der Optimierung des Klärwerks und der Fortschreibung des Straßen- und Kanalsanierungsprogramms in das inzwischen auch Brücken und Radwege einbezogen werden. Wir wollen in 2020 zwei größere Projekte umsetzen – den 2. Bauabschnitt der Schillerstraße und den Fisperweg, die aus unterschiedlichen Gründen zurückgestellt wurden. Weiterhin investieren wir kräftig in die Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr und die Außenanlagen der Lindenschule und der Gemeinschaftsschule als letzte Stufe der Sanierungs- und Erweiterungsmaßnah-

men. Für die Umsetzung der Sanierung der Feuerwehrgerätehäuser und der Erweiterung des Rathauses sind Planungsmittel vorgesehen.

Verkehrsfragen stellen sich laufend im Tagesgeschäft und bei den jährlichen Haushaltsberatungen. Auch für die Planungen 2020 haben die Fraktionen zu diesem Thema verschiedene Anträge gestellt. Immer wichtiger wird die Forderung den schwächeren Teilnehmern einen adäquaten und sicheren Anteil an den Verkehrsflächen zukommen zu lassen. Das beginnt bei den Radwegen, geht über Ampelschaltungen und Querungshilfen und endet bei strikteren Vorgaben für den ruhenden Verkehr und deren Überwachung. Umsetzbare Lösungen hier zu finden, ist ziemlich schwierig, der verfügbare Platz ist im Bestand begrenzt und Verbesserungen für den Einen bedeuten in der Regel Einschränkungen für den Anderen.

Damit kommen wir zum dritten Stichwort, der

Sozialen Gerechtigkeit

Für Kommunen bedeutet dies zunächst einmal die Herausforderung ihrer Einwohnerschaft in allen Lebenslagen gute Voraussetzungen zu schaffen und bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen, also die Weiterentwicklung sozialer Leistungen. Um dem Anspruch „Familienfreundliche Gemeinde“ aus unserem Leitbild gerecht zu werden, sind wir seit Jahren bestrebt, unabhängig von allgemeinen Versorgungsquoten, den Bedarf für Kinderbetreuung vom Kleinkind bis hin zur Schulzeit umfassend zu erfüllen. Bisher ist es immer gelungen fast jeden berechtigten Elternwunsch zu erfüllen. Unsere Einrichtungen sind räumlich und personell gut ausgestattet. An Lösungen für den kommenden Zusatzbedarf durch Einwohnerwachstum arbeiten wir bereits. Im Jahr 2020 soll unser derzeit nach Kinderzahl gestaffeltes Gebührensystem auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei müssen wir aber als Ausgangslage zur Kenntnis nehmen, dass nach Planungsstand 2020 der Haushaltsbereich „Kinderbetreuung“ mit einem Gemeindefizit von rund 4,4 Mio. € angesetzt wurde und der Betrieb unserer 3 Schulen einen weiteren Zuschuss aus allgemeinen Steuermitteln von rund 2,1 Mio. € erfordert. Im Gesamten werden die Elternbeiträge den landesweit angestrebten Kostendeckungsgrad von 20% bei Weitem nicht erreichen. Trotzdem haben wir dem Gemeinderat vorgeschlagen im Jahr 2020 die Beiträge nicht zu erhöhen, sondern die anstehenden Beratungen im ersten Halbjahr zunächst abzuwarten.

Was für die Kindergärten gesagt wurde, gilt auch für die außerunterrichtliche Betreuung an den Schulen – der Bedarf steigt ständig. Neben der Zuständigkeit als Schulträger für Räume und Sachausstattung der Schulen müssen wir uns intensiv Gedanken über eine Kapazitätsausweitung bei der Kernzeit- und Hortbetreuung machen. Dort sind wir inzwischen an der Leistungsgrenze angelangt.

Mit dem hohen Anteil an Senioren in der Einwohnerschaft steigt natürlich auch die Zahl der Hochbetagten und damit der Bedarf an ambulanter und stationärer Pflege. Unser Pflegeheim hat sich mit Neu- und Bestandsumbau auf die gestiegenen Qualitätsanforderungen hervorragend eingestellt. Der im vergangenen Jahr aktualisierte Kreispflegeplan prognostiziert darüber hinaus einen Zusatzbedarf bis 2025 von rund 100 Pflegebetten. Dies müssen wir bei den Planungen für das Neubaugebiet N5 natürlich berücksichtigen. Auch die ambulante und ärztliche Versorgung soll im Auge behalten werden. Dabei muss man sich aber auch im Klaren sein, dass Gemeinderat und Verwaltung nicht alles selbst regeln können. Nur mit externen Institutionen und durch intensive regionale Zusammenarbeit können Erfolge erzielt werden.

So hielt sich die Begeisterung der Verwaltung über den neuen Standort der Eggensteiner Postagentur in engen Grenzen. Natürlich sind wir einerseits froh, dass nach langem, vergeblichem Suchen doch noch ein Objekt gefunden wurde. Allerdings haben die von uns vorhergesehenen Probleme mit der äußerst begrenzten Parkplatzkapazität bereits zu Beschwerden geführt.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Meine sehr verehrten Damen und Herren, keiner von uns, egal welcher politischen Richtung er angehört, kann die zunehmende Härte im gegenseitigen Umgang in der Gesellschaft ignorieren. Nicht nur in den Sozialen Medien, aber dort besonders, wird der Ton immer rauer, greifen Hasstiraden immer mehr Platz. Aus meiner Sicht beginnt dies jedoch nicht erst bei strafwürdigen Beleidigungen und rechts- oder linksradikaler Hetze, sondern bereits beim Diskussionsniveau in unseren Parlamenten, dem Mobbing in unseren Schulen und beim gewaltsamen Austragen von nachbarschaftlichen Streitigkeiten. Das alles wird noch dadurch gefördert, dass in vielen Medien heute nur noch „Bad News = Good News“ sind und unterschiedliche Interessen vermehrt durch Gerichte statt durch vertrauensvolle Kompromissgespräche geklärt werden müssen.

Als Motto haben wir uns vor Jahren nicht von ungefähr das „Wohlfühlen in Vielfalt“ gegeben. Wer sich in seinem Lebensumfeld wohlfühlt und seine Anliegen berücksichtigt sieht, hat weniger Grund unzufrieden oder neidisch zu sein. Dann ist auch die Bereitschaft größer sich bürgerschaftlich zu engagieren, ein Ehrenamt zu übernehmen und den Interessen der Mitmenschen Beachtung zu schenken. In unserer stark von Leistungsdruck, Egoismus und Wohlstandsstreben geprägten Umwelt hat der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer Gemeinde aus meiner Sicht einen hohen Stellenwert.

Deshalb werde ich nicht müde das vielfältige bürgerschaftliche Engagement im Ehrenamt zu propagieren, die umfangreichen, so genannten Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde für Vereine und Organisationen zu vertreten und mitzuhelfen, dass durch gemeinschaftliche Veranstaltungen Begegnungsmöglichkeiten für die Bevölkerung geschaffen werden, auch wenn der eine oder andere dies belächelt. Ich bin mir sicher, dass eine starke Ortsgemeinschaft wesentlich dazu beiträgt, dass manche Probleme erst gar nicht entstehen. Umso bedauernswerter ist es, wenn dann solche von außerhalb in den Ort getragen werden, wie beim Faschingsumzug.

Das vergangene Jahr hat wiederum gezeigt wie breit gestreut das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gemeinde sich darstellt. Vom Ehrenamt in den Vereinen, den Rettungsorganisationen, in der Betreuung von Senioren, Hilfsbedürftigen und Flüchtlingen über die vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Bewahrung unserer Ortsgeschichte bis hin zu engagierten Umweltprojekten haben Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Zeit, ihre Talente und ihre Ideen eingebracht und unser Zusammenleben damit angenehmer und interessanter gestaltet. All diesen Menschen gebührt unser ganz herzliches Dankeschön. Viele Beispiele für dieses Engagement konnten Sie wiederum dem Jahresrückblick meiner Referentin Frau Regine Hauck im Amtsblatt sowie der laufenden Berichterstattung in den Medien entnehmen.

Klimaschutz

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir wohl bewusst, dass ich mich mit dem nächsten Themenkomplex ganz sicher in die Nesseln setzen werde, egal was ich dazu sage. Aber das Thema Klimaschutz kann auch in einer kommunalpolitisch eingegrenzten Ansprache nicht ausgelassen werden. Wer den Klimawandel und die damit verbundenen weltweit unterschiedlichen

Probleme grundsätzlich leugnet, eignet sich genauso wenig als Gesprächspartner, wie der, der meint mit einer einfachen Lösung alle Probleme beseitigen zu können. Es hat wahrscheinlich „Protestaktionen alla Greta“ gebraucht um wachzurütteln, um Diskussionen anzuregen. Es braucht aber auch Realisten, die berücksichtigen, dass große Veränderungen in einem wirtschaftlich und machtpolitisch geprägten Weltgefüge einen langen Atem brauchen und kleine Schritte mühsam sind.

Immer dann, wenn Statistik bemüht wird, lohnt es sich wachsam zu bleiben. Selbstverständlich sind wir in Deutschland beispielsweise mit einem Anteil von unter 2% am weltweiten CO²-Ausstoß ein kleines Rädchen und erzielen mit noch so schönen Einsparungen im Großen keine absoluten Erfolge. Pro Einwohner sind wir jedoch in der weltweiten Spitzengruppe der CO²-Emittenten. Wollen wir den Indern, den Chinesen und den großen afrikanischen Entwicklungsländern wirklich signalisieren, dass wir, weil wir eine kleine Gruppe sind, uns nicht um das Gesamtproblem kümmern müssen?

Deshalb ist die Vogel-Strauß-Methode sicherlich nicht die richtige. Wir können als führende Industrienation Vorbildfunktion übernehmen, mit unserer wissenschaftlichen und technischen Kompetenz zu Innovationen beitragen und unsere politischen Vertreter/innen auffordern internationale Lösungen anzustreben. Letztlich müssen sich aber auch alle ehrlich machen und eingestehen, dass angestrebte Veränderungen für Klimaschutz auch Verzicht des Einzelnen bedeuten.

Und am Ende müssen wir uns auch ganz lokal um die vielfältigen Fragestellungen kümmern und vernünftige, realistische Ansätze finden. Örtliche Möglichkeiten gibt es viele – beim Erhalt der Natur, dem Kampf gegen das Insektensterben, der Neukonzeption von Mobilität, dem Energiemanagement von Gebäuden u.v.m. Dazu gibt es bei uns schon seit längerem erfolgreiche Projekte, weitere Anträge wurden gestellt und mehrere bürgerschaftlich organisierte Initiativen wurden gestartet.

Digitalisierung

Das letzte Schlagwort ist die „Digitalisierung“ – Synonym für vieles von der Horrorvorstellung des vollständig gläsernen Menschen über die Revolution in der Arbeitswelt, des mitdenkenden Kühlschranks bis hin zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung durch Telemedizin.

Grundlage für alles ist eine umfassende Vernetzung, eine leistungsfähige Telekommunikation. Entgegen aller politischen Verlautbarungen sind wir da aus meiner Sicht noch immer eher Entwicklungsland. Ursache dafür waren drei politische Fehler der Vergangenheit mit denen wir noch immer bundesweit zu kämpfen haben. Erstens hat man es versäumt beim flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes die Überbauung zu verhindern, also die Möglichkeit, dass verschiedene Anbieter parallele physikalische Netze installieren – ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Zweitens hat man lange Jahre mit dem Vectoring eine Übergangstechnologie finanziell gefördert, die für das Unternehmen natürlich wirtschaftlich interessant ist, kurzfristig zu Versorgungsverbesserungen führt, aber langfristig die Anforderungen nicht erfüllt und bessere Lösungen verhindert. Und drittens hat man bei der Vergabe der Funkfrequenzen für neue Mobilfunkstandards sehr hohe Lizenzgebühren zugunsten des öffentlichen Haushalts erzielt, statt einen Teil davon als Investitionsmitteln bei den Bewerbern zu belassen und dafür besser höhere Anforderungen an die schnelle und umfassende Netzverfügbarkeit vorzugeben. Das zusammen hat in der Realität den Effekt, dass sich Kommunen schwer tun eigene Glasfasernetze trotz Förderung wirtschaftlich zu betrei-

ben, sich deshalb mit Halbheiten zufrieden geben müssen und der Bund sich verpflichtet fühlt jetzt bestehende Funklöcher selbst zu stopfen.

Wir haben uns vor Jahren schon der Breitbandinitiative des Landkreises angeschlossen um das Ziel zu unterstützen die privaten Anbieter in die Gänge zu bekommen und bei Bedarf eigene Lösungen anzubieten. Bei uns in Eggenstein-Leopoldshafen waren die Fördermöglichkeiten durch die Leistungsumfang der privaten Anbieter bislang nicht gegeben (Stichwort: Aufgriffsschwelle). Inzwischen sind die Bedingungen geändert und es wäre zum Beispiel denkbar zunächst einmal das Gewerbegebiet mit einem Glasfasernetz des Landkreises mit umfassender Förderung zu versorgen. Dazu müssen aber der höhere Bedarf und das Interesse der Gewerbebetriebe, die Leistung auch abzunehmen, gegeben sein. Wir werden dazu in nächster Zeit potentielle Interessenten ansprechen.

In Arbeit ist das Thema öffentliches WLAN. Im Laufe des Jahres soll an interessanten Standorten öffentliches WLAN installiert werden. Ich persönlich halte dieses Thema allerdings im Zeitalter der relativ günstigen Mobilfunktarife mit Flatrate für nicht ganz so wichtig. Das gilt allerdings nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Netzleistung im gesamten Gemeindegebiet.

Mit der Digitalisierung von öffentlichen Verwaltungsleistungen ist das so eine Sache. Einerseits ist es nicht ganz verständlich, dass eine Hochtechnologiegesellschaft, wie wir, dabei anderen Ländern weit hinterherhinkt. Andererseits macht es aber keinen Sinn, dass überall gleiche öffentliche Leistungen in jeder Kommune gesondert digitalisiert werden, das Land ist also gefragt und wir sind gespannt, ob die angekündigten schnellen Lösungen tatsächlich kommen. Weiterhin steht der gravierend verschärfte Datenschutz einfachen Lösungen entgegen. Oder, wer von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat schon mal versucht sich mit den Möglichkeiten des elektronischen Personalausweises im Internet zu identifizieren – viel Spaß dabei, kann ich nur sagen. Gelegentlich sind die neuen digitalen Möglichkeiten auch mehr Fluch als Segen. So sollen jetzt Passbilder für die Ausweise nur noch vor Ort bei den Meldeämtern erstellt werden dürfen, weil es inzwischen ganz einfache Möglichkeiten gibt Bilder zu manipulieren – also in jedem Rathaus ein eigenes Fotostudio.

Trotz aller Schwierigkeiten arbeiten wir in der Verwaltung intensiv an der Digitalisierung – unser Internetauftritt wird barrierefrei, der Gemeinderat erhält ein Ratsinformationssystem, wir tauschen Daten mit anderen Ämtern, Behörden und Gerichten elektronisch aus und bereiten uns darauf vor elektronische Rechnungen im Finanzwesen zu verarbeiten. Vom papierlosen Rathaus und von der Erledigung von allen Behördengängen am heimischen Bildschirm sind wir allerdings noch ein gutes Stück entfernt.

Verwaltung und Finanzen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die angerissenen Sachthemen müssen gemeinsam angegangen werden, von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft. Und sie bedingen eine solide finanzielle Grundlage und eine personelle Ausstattung in der Verwaltung, die ausreichend Kapazität sicherstellt um neben dem Tagesgeschäft auch anspruchsvolle Projekte sachgerecht und zielgerichtet abzuwickeln.

Noch immer kämpfen wir mit unbesetzten Stellen in der Verwaltung. Bei einem ziemlich leergefegten Arbeitsmarkt ist das eine nach wie vor schwierige Situation, die dazu führt das eine oder andere Thema zurückstellen zu müssen.

Seit gut einem halben Jahr haben wir einen neu gewählten Gemeinderat. Wie nicht anders zu erwarten, konnten wir die vertrauensvolle und sachbezogene Zusammenarbeit von Beginn an fortsetzen. Das ist auch gut so, denn vieles, was jetzt umgesetzt werden soll, wurde bereits vor längerer Zeit vom ehemaligen Gremium beschlossen, es ist Kontinuität gefragt.

Am vergangenen Dienstag habe ich den Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2020 im Gemeinderat eingebracht und eine Übersicht über die eingegangenen Anträge der Fraktionen vorgestellt. Alle Informationen sind inzwischen im Internet abrufbar, so dass ich mich heute auf ein paar wesentliche Highlights beschränken kann.

- Nachdem das erste Jahr nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht voraussichtlich besser gelaufen ist als geplant, sind die Startvoraussetzungen für 2020 gar nicht so schlecht. Wir können davon ausgehen, dass wir aufgrund einmaliger Sondereinflüsse, wie Gewerbesteuernachzahlungen u.ä. mit einer liquiden Reserve (früher hieß die Freie Rücklagen) von über 15 Mio. starten können.
- Den Ergebnishaushalt des Jahres 2020 werden wir geplant gerade mal mit einer schwarzen Null von 4.000 € ausgleichen können. Dies wäre dann aber besser als bei vielen Nachbarkommunen, die den Ausgleich nicht schaffen, weil sie die Abschreibungen, wie jetzt gefordert, nicht erwirtschaften können.
- Einen Großteil der geplanten Investitionen können wir durch den Liquiditätsüberschuss aus dem laufenden Geschäft sowie Förderungen und Grundstücksverkäufen finanzieren. Den Rest entnehmen wir der oben erwähnten Liquiditätsreserve.
- Nach unserem Vorschlag können wir in 2020 trotzdem auf Gebühren- und Steuererhöhungen verzichten und müssen im Kernhaushalt keine Kredite aufnehmen.
- In den beiden Eigenbetrieben werden die Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur - Wasserwerk, Kläranlage, Kanalsanierung - so langsam auch geldwirksam. Diese werden wir teilweise fremdfinanzieren ohne in 2020 die Wasser- und Abwassergebühren zu erhöhen.
- Aus der ebenfalls zu erstellenden Mittelfristigen Finanzplanung ist zu ersehen, dass auch in den 3 Folgejahren die geplanten Projekte auf solider finanzieller Basis abgewickelt werden können.
- Zum Schluss bleibt jedoch festzuhalten, dass der auskömmliche Haushaltsentwurf keinen Anlass zur Euphorie und für zusätzliche Wünsche bei den Haushaltsberatungen gibt. Er war nur so zu stricken wie er ist, weil wir seitens der Verwaltung schon bei der Vorbereitung einiges Wünschenswerte aber nicht unbedingt Notwendige gestrichen haben – das reicht von Teilen der Straßenunterhaltung bis hin zu den Verfügungsmitteln des Bürgermeisters.

Allgemeines und Schluss

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gäbe noch vieles zu sagen. Ich möchte Ihre Geduld aber nicht zu sehr in Anspruch nehmen und deshalb zum Schluss kommen. Das jedoch nicht ohne den gewohnten Werbeblock. Traditionsgemäß eröffnet heute wieder die jährliche **Sonderausstellung** im Heimatmuseum Leopoldshafen. Dieses Jahr steht sie unter dem Motto: „**Wasser, Most, Schnaps, Bier und Wein - 300 Trink-, Schenk- und Lagergefäße aus 6 Jahrhunderten**“. Unser Museumsleiter Wolfgang Knobloch hat mit enormem Zeitaufwand und Sachverstand die faszinierende Entwicklung unserer Trinkkultur dokumentiert und steht Ihnen zusammen mit Gemeindecarchivarin Katrin Kranich heute zwischen 14 und 16 Uhr für fachkundige Führungen zur Verfügung.

Auf drei weitere Termine möchte ich Sie zusätzlich aufmerksam machen.

Am ersten März eröffnen wir im Rathaus die Ausstellung Kleindenkmale. Sie dokumentiert das Ergebnis des landesweiten Projektes zur Erfassung von Kleindenkmalen für den Landkreis Karlsruhe an dem sich auch zwei Mitbürger unserer Gemeinde beteiligt haben. Manfred Stern und Reinhold Singer erkundeten, reinigten und dokumentierten solche Kleinode auf unserer Gemarkung. Daraus wird eine durch die Spar- und Kreditbank geförderte, interessante Broschüre entstehen, die wir bei der Ausstellung präsentieren wollen.

Außerdem haben sich unter der Federführung unserer AG Umwelt mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung viele Akteure zusammengeschlossen um am Wettbewerb „Baden-Württemberg blüht“ mit insgesamt 11 Projekten teilzunehmen. Zum Frühlingsanfang, am 21. März, soll darüber hinaus erstmals ein Umwelttag stattfinden, an dem Gruppen und die Bürgerschaft eingeladen sind sich zu beteiligen. Ich bin gespannt, welche Angebote dabei auf die Beine gestellt werden.

Und zuletzt haben wir am 28.Juni noch einen runden Geburtstag – unser Vogelpark wird 50. Ein guter Anlass gemeinsam zu feiern und eine schöne Ergänzung zum Dorffest im Juli und dem Kinderfest im Bürgerpark im August.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich Sie jetzt ihrem Gedankenaustausch in kleinen Runden überlasse, möchte ich mich noch ganz herzlich bei meiner Assistentin **Sandra Bauer** und bei **Klaus Stadler** für die Organisation des heutigen Empfangs sowie bei den mithelfenden Kolleginnen der Verwaltung sowie den Mitarbeitern des Bauhofes bedanken.

Ihnen, alle guten Wünsche für 2020, herzlichen Dank für Ihren Besuch und noch gute Gespräche.